

Wer bestimmt unsere Zukunft?

Angesichts der lausigen und mangelhaften Stimmbeteiligung des Schweizer Volkes an den Abstimmungen und Wahlen stellt sich unweigerlich die Frage, ob das Recht zur Pflicht erhoben werden sollte.

In der heutigen Zeit, wo die briefliche Stimmabgabe problemlos vorgenommen werden kann, gilt wahrlich keine Ausrede mehr. Es sei denn, man hat schlichtweg kein Interesse an der Mitgestaltung der Region und der Schweiz. Ansichten, Meinungen, Vorlieben und Eigeninteressen können in einem demokratischen Land sehr wohl unterschiedlich sein und Diskussionsgrundlagen bieten und so zu einer lebendigen und aktiven Zusammenarbeit führen. Es bedingt aber, dass die Bürgerinnen und Bürger mitmachen. Wer sein Recht der Mitbestimmung nicht wahrnimmt, muss sich demnach auch nicht beklagen. Sind es denn nicht gerade jene Menschen, die sich später darüber beklagen, dass dies und das nicht nach ihren Wünschen läuft und dringend angepasst werden sollte? Sind es nicht auch jene, die dann unverfroren über die Politiker wettern und schimpfen und kein gutes Haar an ihnen lassen? Sind es diese Leute, denen weder die Gemeinde noch der Kanton irgendetwas recht machen kann?

Wir haben uns seinerzeit die Mitsprachemöglichkeit erkämpft und heute, wo es als vorbildliches, von vielen Ländern gewünschtes und von uns nur zum Teil gelobtes Recht verankert ist, interessiert sich nur noch ein bedenklich kleiner Teil der Bevölkerung dafür. Was ist hier falsch? Es erwartet niemand, dass sich jeder Schweizer politisch engagiert und sich zu einer Partei bekennen muss. Aber ist es nicht wichtig und richtig, dass wir uns heute um die Zukunft, um unser Wohl, um das Wohl unserer Kinder und unserer Mitmenschen bemühen? Ist es denn notwendig das Recht zur Pflicht zu erküren und die Menschen so zu zwingen sich um die Zukunft Gedanken zu machen? Es wäre schade und entbehrt jeder Eigenverantwortung. Wo sind wir hingekommen?

Caroline Furrer, Kantonsratskandidatin SVP, Hünenberg

Publiziert in der Zuger Woche am 27.10.2006